

Medienkonferenz vom 22. Juli 2010

Nein zur AVIG-Revision – die arbeitslosen Jugendlichen nicht in die Sozialhilfe drängen

Jérôme Hayoz, Gewerkschaftssekretär SEV, Jugendkommission

Die Revision der Arbeitslosenversicherung (AVIG) ist aus zwei Gründen unverständlich. Erstens kommt diese Revision mitten in einer unsicheren wirtschaftlichen Lage und zweitens werden genau jene geschöpft, die eine gute Absicherung am Nötigsten haben: die jungen Arbeitnehmenden.

Bei den jungen Arbeitnehmenden werden die materiellen Leistungen massiv gekürzt, die Zumutbarkeit wird zur Zumutung, und die wichtigsten Dienstleistungen für eine rasche Wiedereingliederung werden gekappt. Dies ist nicht nachvollziehbar, zumal in der Schweiz die Arbeitslosen relativ rasch wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden, und zwar bei einer vergleichsweise tiefen Arbeitslosigkeit.

Die bürgerliche Parlamentsmehrheit zerstört hier ein Erfolgsrezept. Seit Jahren ist bekannt, dass die unter 30-Jährigen auf dem Arbeitsmarkt eine Wirtschaftskrise am meisten zu spüren bekommen. Diesen Jugendlichen sollen nun die Möglichkeiten genommen werden, um sich bei Arbeitslosigkeit auf dem Arbeitsmarkt wieder zu orientieren.

Die neue Zumutbarkeitsklausel ist eine Zumutung

Bei der Zuteilung einer Arbeit muss absolut keine Rücksicht mehr genommen werden auf die Ausbildung, die Fähigkeiten sowie die bisherigen Tätigkeiten der arbeitslosen Jugendlichen. Als Beispiel: Ein junger Aargauer hat das KV absolviert; wenn er keine Stelle findet, muss er auch eine Stelle als Maurer im Puschlav annehmen, wenn nichts Passenderes vorhanden ist. Diese neue Zumutbarkeitsklausel verbaut den jungen Menschen ihre Zukunft. Denn stellen wir es uns vor: Ein hart erarbeiteter Lehrabschluss in einer schwer erkämpften Lehrstelle, danach keine Anstellung, und als Belohnung – eine Stelle als Hilfsarbeiter in der anderen Ecke der Schweiz.

Die Bezugsdauer wird massiv eingeschränkt und gekürzt

Junge Arbeitnehmende bis 25 Jahre sollen in Zukunft nur noch 260 Taggelder erhalten statt bisher 400, Schul- und StudienabgängerInnen sollen bereits nach 90 Taggeldern ausgesteuert werden, heute sind es 260. Dies ist aber noch lange nicht alles: Die Ausbildungs- und StudienabgängerInnen müssen sich zwar am ersten Tag der Arbeitslosigkeit bei der Arbeitslosenversicherung melden, erhalten aber ihr erstes Taggeld erst sage und schreibe 6 Monate später. Eine solche Versicherung ist keine Versicherung mehr, sondern ein Witz und zwar ein schlechter. Das treibt die Jugendlichen direkt zum Sozialamt – ausser sie hätten reiche Eltern.

Nicht nur eine „Geld-Dimension“

So wird die Arbeitslosenversicherung für die Jugendlichen zur „Ausschluss“-Versicherung; es ist zu befürchten, dass viele jugendliche Arbeitslose sich gar nicht mehr zur Vermittlung anmelden werden. Dann haben zwar die bürgerlichen Politiker ihre Einsparungen erzielt, aber tausenden von jungen Menschen wurde der Einstieg in den Arbeitsmarkt verwehrt. Denn es ist zu beachten: Wer arbeitslos ist, bezieht nicht nur Taggelder, sondern wird regelmässig von den sogenannten regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) betreut, deren Beraterinnen und Berater die Profile der Stellensuchenden kennen und Zugang haben zu tausenden von freien Arbeitsplätzen. Anscheinend wollen die Sozialabbauer die Jugendlichen von dieser grössten Stellenvermittlung der Schweiz fernhalten, welche rasch und nachhaltig Stellensuchende in den Arbeitsmarkt integriert. Das wäre ein fatales Eigengol, denn gerade die KMU sind auf junge und motivierte Menschen angewiesen, die gerne arbeiten würden und auf diesem Weg am einfachsten zu finden sind.

Dazu kommt, dass der steinzeitlich anmutende schweizerische Kündigungsschutz während einer Krise ebenfalls die jungen Arbeitnehmenden am meisten belastet. Denn gibt es Entlassungen, werden meistens die jüngsten Arbeitnehmenden zuerst auf die Strasse gestellt. Daher braucht es umso mehr eine starke Arbeitslosenversicherung

...und ab in die Sozialhilfe

Die psychische Belastung einer Arbeitslosigkeit ist nicht zu vernachlässigen, dies habe ich bei einer fünfmonatigen Arbeitslosigkeit selber erfahren. Die Ungewissheit über die Zukunft ist riesengross! Damals hat mir gerade das RAV-Zentrum ein Praktikum mit einer sofortigen Ausstiegsmöglichkeit vermittelt, und so konnte ich wenigstens mein Können weiterhin nutzen, wurde bei der weiteren Suche unterstützt und würde fündig. Heute sitze ich hier – ganz und gar nicht arbeitslos!

Wenn ich mir vorzustellen versuche, dass ich nach vier Monaten bereits ausgesteuert geworden wäre, wüsste ich nicht, wo ich heute stehen oder besser gesagt sitzen würde.

Diese Revision ist eine riesengrosse Farce. Die bürgerliche Politik und alle die Wirtschaftsverbände haben dieses Mal den Bogen eindeutig überspannt; sie schaden der Wirtschaft, den Betrieben, der ganzen Schweiz und tausenden von Jugendlichen.

Es gibt nur eine Antwort: ein starkes NEIN am 26. September!